

# Gender – eine Bedrohung für Familie, Gesellschaft und Kultur

„Gender Mainstreaming“ ist eine politische Strategie der Vereinten Nationen (UN), der Europäischen Union (EU), vieler Regierungen und globaler Organisationen. Seit 1999 ist Gender Mainstreaming Leitprinzip und Querschnittsaufgabe der Politik, ohne dass es je eine öffentliche Debatte im Parlament gegeben hätte. Das neue Fach „Gender-Studies“ hat sich an den Universitäten fest etabliert und fordert von der heutigen akademischen Nachwuchsgeneration zunehmend ideologische Gefolgschaft.

Der politisch instrumentalisierte Kunstbegriff „Gender“ soll das „soziale Geschlecht“ bezeichnen, welches mit dem biologischen Geschlecht übereinstimmen kann oder auch nicht. Durch die „Dekonstruktion“ und „Vervielfältigung“ der vorgegebenen bipolaren Geschlechterordnung soll die „Geschlechterhierarchie“, also die tatsächliche oder vermeintliche Herrschaft des Mannes über die Frau, durch gesellschaftsverändernde Strategien gebrochen werden. Darüber hinaus soll jede „sexuelle Identität“ (lesbisch, schwul, bi- und transsexuell) als gleichwertig akzeptiert und rechtlich mit der Heterosexualität gleichgestellt werden. Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur rückwirkenden Ausweitung des Ehegattensplittings auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften und die sogenannte „Orientierungshilfe“ der EKD zeigen, wie weit der zersetzende Einfluss dieser Ideologie bereits in die Gesellschaft eingedrungen ist. Der im Grundgesetz vorgeschriebene „besondere staatliche Schutz von Ehe und Familie“ (Art.6,2) ist nicht mehr gegeben. Jede moralische Unterscheidung wird als „Diskriminierung“ angeklagt und zunehmend durch neu erfundene strafrechtliche Tatbestände wie „Homophobie“ und „Hassrede“ juristisch geahndet.

Die Teilnehmer des Kongresses Freude am Glauben sehen in der Politik des Gender Mainstreaming eine Bedrohung für Familie, Gesellschaft und Kultur, welche mit der Verpflichtung des Staates zur Förderung des Gemeinwohls nicht vereinbar ist. Die Familie wird dadurch weiter geschwächt, die demographische Krise verstärkt und die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen untergraben. Durch die Eliminierung des Leitbildes von Ehe und Familie und die aktive Sexualisierung der Kinder und Jugendlichen durch die obligatorische Sexualpädagogik in Kindergarten und Schule werden die Glaubensweitergabe und die Erziehung zu einer christlichen Lebensführung überaus erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Wir fordern, dass die staatliche Förderung von Gender-Mainstreaming und die Indoktrination der Kinder und Jugendlichen beendet wird und sich insbesondere die Kirchen der Auflösung von Ehe und Familie mit allen Mitteln widersetzen.

*Gabriele Kuby*

